1675/A(E) XXIV. GP

Eingebracht am 21.09.2011

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Schenk, Ursula Haubner und Kollegen betreffend Projekt "Einstieg ins Berufsleben"

Die Problematik der Gehaltsschere zwischen Männern und Frauen ist bekannt. Seitens der Politik wurde mit der Einkommenstransparenz in Betrieben (Einkommensberichte laut Gleichbehandlungsgesetz), der Einkommenstransparenz bei der Jobsuche (kollektivvertraglicher Mindestlohn muss laut Gleichbehandlungsgesetz in Stelleninseraten angegeben werden) darauf reagiert. Auch soll demnächst ein Lohn- und Gehaltsrechner Frauen helfen, den Wert der eigenen arbeit zuerkennen und dementsprechend adäquate Gehaltsansprüche stellen zu können.

Der Ansatz, dass sich Frauen im Allgemeinen weniger erfolgreich beim Gehaltspokern sind, ihren Wert falsch einschätzen, oder einfach auf den Job angewiesen sind und deshalb einen niedrigeren Lohn in Kauf nehmen, wurde bereits erkannt. Viele frauenpolitisch aktive Vereine bieten Broschüren und Informationsmaterial rund um das Thema "Tipps bei Lohnverhandlungen". Auch die Stadt Wien (http://www.wien.gv.at/arbeit-wirtschaft/gehaltsverhandlungen.html) bietet einen diesbezüglichen Broschürenbestellservice.

Um diese Hilfestellungen überhaupt nutzen zu können, muss zuvor ein Bewusstsein geschaffen werden, dass es bei Gehaltsverhandlungen Eigenverantwortung bedarf. Auch fehlt ein einheitlicher bundesweiter Informationsstandard z.B. in Form eines Leitfadens. Dieser könnte an Schulen praxisnah erläutert werden, um Schülerinnen und Schülern für das Thema Lohngerechtigkeit zu sensibilisieren. Die Einbindung beider Geschlechter in diese Initiative könnte langfristig gesehen darüber Aufschluss geben, wie weit erfolgreiches, selbstbewusstes Lohnverhandeln geschlechterspezifisch ausgelegt werden kann.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesministerin für Frauen und Öffentlicher Dienst wird ersucht, in Zusammenarbeit mit der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur ein Projekt für Schulen auszuarbeiten, welches die Vorbereitung für den Einstieg ins Berufsleben thematisiert und besonders das Verhalten bei Vorstellungsgesprächen sowie Tipps für erfolgreiche Gehaltsverhandlungen berücksichtigt.

In formeller Hinsicht wird eine Zuweisung an den Gleichbehandlungsausschuss vorgeschlagen.